

# BERLIN

## Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum III)

## Liebe Leserinnen und Leser!

Keine leichte Entscheidung hatten wir am Mittwoch zu treffen. Rund vier Stunden diskutierten wir über die umstrittene Forschung an embryonalen Stammzellen und den Import dieser Zellen nach Deutschland.

Obwohl die Enquetekommission Recht und Ethik der modernen Medizin in ihrem Zwischenbericht vom 12. November 2001 festgestellt hat, daß der Import von Stammzelllinien, die aus menschlichen Embryonen gewonnen wurden, mit der Position, daß dem menschlichen Embryo von Anfang an Menschenwürde und damit uneingeschränkte Schutzwürdigkeit zukommt, nicht vereinbar ist, hat sich der Deutsche Bundestag **mehrheitlich für einen eingeschränkten Import bereits vorhandener Stammzellenlinien entschieden.**

Die Entscheidung am Mittwoch fiel dann in einem zweistufigen Verfahren. Nachdem zuerst der Antrag zur Freigabe des Imports deutlich auf den dritten Platz verwiesen wurde, setzte sich in der zweiten Abstimmung der Antrag des eingeschränkten Imports mit 340 zu 265 Stimmen durch.

Ich stimmte in beiden Wahlgängen in namentlicher Abstimmung für das generelle Verbot.

*IFE*

*Ingrid Fischbach*

## In dieser Ausgabe

- Trauerfall: Bilanz der Regierung ...S.2
- Hoffungsloser Fall: Bündnis für Arbeit ...S.2
- Inflationsanstieg durch rot-grüne Steuererhöhungen ...S.3
- Umsatzsteuerbefreiung für die Post AG ...S.3
- Schwarzarbeit auf Rekord-Niveau ...S.3
- Stiftung Bildungstest ...S.4
- Schlechte Stimmung bei Rot-Grün ...S.4
- Mahler Anwälte ...S.5
- Anti-Kohl Kampagne ist vom Tisch ...S.5
- Regierung: Fachkräftemangel im Ingenieurbereich unbestritten ...S.6



## Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074

Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

## Trauerfall: Bilanz der Regierung



►► | Riester mit EQUAL, Künast mit dem verseuchten Fischmehl, Däubler-Gmelin mit dem Urhebervertragsgesetz, Ulla Schmidt mit dem Ablasshandel im Arzneimittelwesen, Eichel mit der Abzockerei bei der Aktie Gelb und Schily mit den V-Männern im NPD-Verbotsverfahren zeigen: Rot-Grün ist mit dem Regierungs-Latein am Ende.

Die Debatte über den Jahresbericht 2001 zum **Stand der Deutschen Einheit** am Donnerstag bot die Gelegenheit, das Scheitern der Regierung Schröder anzuprangern.

Zur „Chefsache“ wollte Schröder den Aufbau-Ost bei seinem Amtsantritt machen. Jetzt ist das traurige Ergebnis zu begutachten: Die wirtschaftliche Entwicklung stagniert, Ostdeutschland fällt gegenüber dem Westen des Landes immer weiter zurück, die Arbeitslosigkeit stieg in den letzten Monaten stark an. Sommerreisen nach Gutsherrenart ersetzen eben keine vernünftige Wirtschaftspolitik.

**Ingrid Fischbach:** „Was wir im Osten Deutschlands brauchen, ist der Aufbau mittelständischer Strukturen und ein besseres Klima für Unternehmensgründungen. Dies setzt aber ein Ende der rot-grünen Benachteiligungen von kleinen und mittleren Unternehmen voraus. Außerdem brauchen wir flexiblere und betriebsnähere Lösungen in der Tarifpolitik sowie einen weiteren Ausbau der Infrastruktur.“ ◀◀

## Hoffnungsloser Fall: Bündnis für Arbeit

►► | Nach dem Macher Schröder ist jetzt auch der Moderator Schröder am Ende. Bei der letzten Bündnisrunde hörte keiner der Tarifpartner dem Regierungschef mehr zu. Er hatte wohl auch nichts mehr zu sagen. Ein schwerer Arbeitskampf droht. Das letzte „zentrale Projekt“ dieses Bundeskanzlers ist gescheitert. ◀◀

## Inflationsanstieg durch rot-grüne Steuererhöhungen



►► | Während sich die Experten noch streiten, ob die Inflation im Januar auf über 2% oder gar über 3% ansteigt, ist eine Zahl klar: Alleine die von der Bundesregierung beschlossene Erhöhung von Ökosteuer sowie Versicherung- und Tabaksteuer bewirken zu Jahresbeginn eine um **0,4 Prozentpunkte höhere Inflation**. ◀◀

## Umsatzsteuerbefreiung für die Post AG

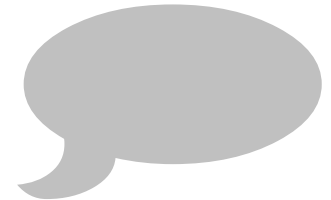
►► | Die **skandalöse Umsatzsteuerbefreiung für die Post AG** in Höhe von jährlich 450 Millionen Euro zugunsten eines höheren Erlöses beim Börsengang muss Finanzminister Eichel nicht nur den vom Steuerausfall betroffenen Ländern und Kommunen erklären.

Der Post AG drohen jetzt Klagen der Aktionäre wegen fehlerhafter Angaben im Verkaufsprospekt. Zudem prüft die EU-Kommission, ob es sich bei der Steuerbefreiung um eine illegale Beihilfe handelt. Pikant: Den Erlass über die Steuerbefreiung unterschrieb der BMF-Staatssekretär Overhaus, der damals auch Mitglied im Aufsichtsrat der Post AG war.

Übrigens: Ende Dezember trat ein von Rot-Grün initiiertes Gesetz in Kraft mit dem schönen Titel „Gesetz zur Bekämpfung von Steuerkürzungen bei der Umsatzsteuer“. ◀◀

## Schwarzarbeit auf Rekord-Niveau

►► | Im Jahr 2002 werden entsprechend einer aktuellen wirtschaftswissenschaftlichen Prognose in Deutschland rund 350 Milliarden Euro durch Schwarzarbeit umgesetzt.



Spruch der Woche

*„Ist der Rufeerst ruiniert,  
lebt es sich ganz  
ungeniert.“*

Kritik des Grünen-  
Haushaltspolitiker Oswald  
Metzger an Scharpings  
Verhalten in der Airbus-  
Transportflugzeug-  
Anschaffung

Der Anteil der Schattenwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt erreicht damit in diesem Jahr ein neues Rekordhoch von 16,5%. Erschreckend ist auch die Dynamik, mit der dieser Sektor wächst: Während das BIP 2002 nur um magere 0,7% zulegen wird, rechnet man für die Schwarzarbeit mit einem Plus von über 6%. <<<



## Stiftung Bildungstest

▶▶ | Die übrigen Minister haben alle Hände voll zu tun mit ihren Skandalen und Pannen, da will wenigstens Bildungsministerin Buhlmann einmal glänzen und verkauft die „**Stiftung Bildungstest**“ als ihre großartige Idee zur Bekämpfung der Bildungsmisere in Deutschland.

**Alles nur geklaut!** In dem von Annette Schavan bereits im April 2000 dem CDU-Bundesparteitag vorgelegten Papier „Aufbruch in die lernende Gesellschaft“ heißt es: *„Die CDU fordert die Gründung einer unabhängigen „Stiftung Bildungstest“ für Transparenz, Offenheit, Qualität und Verbraucherschutz in der Weiterbildung. Sie soll anerkannte Standards in der Weiterbildung durchsetzen.“* <<<

## Schlechte Stimmung bei Rot-Grün

▶▶ | Die **Stimmung bei Rot-Grün ist im Keller**. Das offensichtliche Scheitern der Bundesregierung in fast allen Politikfeldern und die miesen Umfragewerte für SPD und Grüne schlägt den Koalitionspartnern auf den Magen. Jetzt wird es ruppig:

- „Bei den Grünen gehen wir jetzt von der Volièrenhaltung zur Käfighaltung über.“ Ministerpräsident Sigmar Gabriel (SPD)
- „Das Projekt Rot-Grün habe ich nie gesehen.“ SPD-Generalsekretär Franz Müntefering

- „Was wollt ihr überhaupt noch hier...?“ Bundeskanzler Schröder in einer Koalitionsrunde zu Fritz Kuhn und Rezzo Schlauch.
- „Herr Metzger ist für mich uninteressant.“ Der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck zu Äußerungen des grünen Haushaltsexperten Oswald Metzger im Zusammenhang mit der „A400M-Affäre“. ◀◀



## Mahler Anwälte

▶▶ | Bei Peter Struck liegen die Nerven wirklich blank: Als „Hilfsanwalt des NPD-Juristen Horst Mahler“ titulierte der SPD-Chefpolemiker den Vorsitzenden der FDP-Fraktion Wolfgang Gerhard. Dabei scheint ihm entgangen zu sein, dass **die wahren Anwälte Mahlers in den Reihen der SPD zu finden** sind: In den siebziger und achtziger Jahren verteidigten die Rechtsanwälte Gerhard Schröder und Otto Schily den damaligen RAF-Freund Mahler in verschiedenen Verfahren. Schröder war es, der dem jetzigen NPD-Vordenker 1987/88 die Wiederzulassung als Anwalt erstritt. ◀◀



Wußten Sie schon ,

## Anti-Kohl Kampagne ist vom Tisch

▶▶ | Die **rot-grüne Schmutzkampagne gegen die Regierung Kohl** im Zusammenhang mit der Leuna-Privatisierung ist endgültig in sich zusammengefallen.

Schon im Dezember kam der Generalbundesanwalt zu dem Ergebnis, dass es keinen einzigen konkreten Hinweis auf Zahlungen von Schmiergeldern an deutsche Politiker, Entscheidungsträger oder Parteien gebe.

Jetzt hat sich der ehemalige Präsident des französischen Elf-Konzerns, Le Floch-Prigent, bei Helmut Kohl für eventuelle Schäden entschuldigt, die frühere Aussagen verursacht haben

... dass 21 Milliarden SMS-Nachrichten 2001 in Deutschland verschickt wurden? Im Jahr davor waren es 17 Milliarden. SMS wird in Deutschland seit 1995 angeboten. In den vergangenen Jahren ist die Zahl der verschickten Kurznachrichten explosionsartig gestiegen.

könnten. Dies und die Entscheidung des Generalbundesanwalts, das Verfahren einzustellen, zeigen, dass der andauernde Versuch, der Regierung Kohl Bestechlichkeit zu unterstellen, sich auf keinerlei belegbare Tatsachen stützen kann. <<



## Regierung: Fachkräftemangel im Ingenieurbereich unbestritten

►► | Unbestritten ist nach Angaben der Bundesregierung, dass es in Deutschland derzeit einen Fachkräftemangel im Ingenieurbereich gibt und dies die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und anderen Institutionen einschränkt.

In ihrer Antwort auf unsere Große Anfrage zu Situation und Perspektive der Ingenieurinnen und Ingenieure in Deutschland weist sie allerdings auch darauf hin, dass Ausmaß und Auswirkungen unklar sind. So ist es unmöglich, realistisch und detailliert das Verhältnis eines konkreten Bedarfs und Angebots wie auch die Auswirkungen von Defiziten und Überhängen zu beziffern.

Die Regierung betont, dass die Wirtschaft selbst Wirkungszusammenhänge in der Bedarfs- und Angebotsentwicklung erzeugt, rückläufige Einstellungen und Entlassungen haben starken Einfluss auf die Studiengangswahl, wodurch mit mehrjähriger Verzögerung dann ein Angebotsdefizit entsteht.

Auch wird festgestellt, Unternehmen sind "wenig geneigt", Arbeitslose - insbesondere ältere - einzustellen. Mit einer Reihe von Weiterbildungsmaßnahmen, so die Regierung, unterstützt sie die Wiedereingliederung arbeitsloser Ingenieurinnen und Ingenieure und appelliert an die Unternehmen, auch dieses Potenzial besser zu nutzen. <<



... das Allerletzte!

*Schröder scheint angesichts seines Skandal-Kabinetts den Überblick zu verlieren. In der vergangenen Woche vergaß er schlicht eine anberaumte Pressekonferenz zu den Ergebnissen eines Gesprächs mit dem Vorsitzenden des EU-Verfassungskonvents Valéry Giscard d'Estaing. Eine Stunde lang warteten zahlreiche Journalisten im Kanzleramt vergebens auf den ehemaligen „Medienprofi“.*